

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 2. November 2020
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:40 Uhr
Ort: Markthalle Burgdorf AG, Sägegasse 19, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 22. und 29. Oktober 2020 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident Peter von Arb

Stimmzähler Franziska Maurer Roschi, Werner Weber

Mitglieder des Stadtrates Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Peter Biedermann, Tabea Bossard, Franziska Cottier, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Barbara Lüthi, Adrian Merz, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Werner Weber, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Christian Aebersold, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Walter Bangerter, Simon Niffenegger, Karin Fankhauser, Esther Liechti, Urs Wüthrich, Debra Marti, Carmen Baumeler

Entschuldigt Damaris Hauser

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm

Stadtschreiber Roman Schenk

Auskunftsperson Peter Hofer, Leiter Finanzdirektion

Protokoll Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. September 2020 3
- Informationen des Stadtratspräsidenten 3
- Informationen aus dem Gemeinderat 4
- Gehaltsentwicklung 21-24 4
- Budget 2021 9
- Wahl des GPK-Sekretariats 16
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Velounterführung 16
- Dringliches Postulat SP-Fraktion betreffend Prüfung Direktaufnahme Geflüchteter aus Moria, Forderung nach einer nationalen Konferenz und das Stoppen von Rückweisungen der Dublinfälle nach Griechenland 19
- Postulat GLP-Fraktion betreffend Jugendantrag Rollsportanlage Burgdorf 22
- Interpellation Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Pflanzung hitzeresistenter Bäume auf Stadtgebiet" 24
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend neuer Signaletik in Burgdorf 24
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes 25

Appell

Der durch den Stimmenzähler Weber Werner durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Fankhauser Karin trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2020-398 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. September 2020

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 14. September 2020.

SRB: 2020-399 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter begrüsst die Anwesenden zur fünften Sitzung im Jahr 2020 und informiert über das nach wie vor geltende Schutzkonzept. Wenn der Platz verlassen wird, gilt eine Maskenpflicht. Eine Ausnahme ist, wenn man sein Votum bei den Mikrofonen macht. Die Mikrofone werden nach jedem Gebrauch desinfiziert. Desinfektionsmittel steht beim Eingang zur Verfügung. Es gilt Abstand zu halten. Die Gäste und Medienvertreter müssen sich auf der Präsenzliste beim Eingang eintragen. Etwas verspätet zur Sitzung erscheinen wird Stadträtin Fankhauser Karin.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Jahresschlusssessen des SR vom 14. Dezember 2020 aufgrund der Corona Pandemie leider abgesagt werden muss. Aus diesem Grund wird die Stadtratssitzung vom 14. Dezember 2020 um 19.00 Uhr beginnen und erneut in der Markthalle stattfinden. Per Mail hat Henzi Brigitte den Mitgliedern des SR die Terminplanung 2021 des SR zugestellt. Die Parteien haben per Mail eine Information zu der Durchführung der Gemeindewahlen vom 29. November 2020 erhalten. Stadtratspräsident von Arb Peter hat am 14. September 2020 die Stadt Burgdorf beim 100-jährigen Jubiläumsanlass des Schweizerischen Widder- und Zuchtschaftmarktes in der Markthalle vertreten. Die Mitglieder des SR werden gebeten ihre Voten kurz zu halten und die Redezeit einzuhalten.

SRB: 2020-400 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan ist erfreut, dem SR heute einen neuen Mitarbeiter der Stadt Burgdorf vorzustellen. Es ist der Nachfolger von Stadtschreiber Schenk Roman. Er wird die Funktion ab 1. Januar 2021 übernehmen. Sein Name ist Ghioldi Stefan. Er wird über seinen Hintergrund und Lebenslauf an der Stadtratssitzung vom 14. Dezember 2020 informieren. An der heutigen Sitzung wird er den Ratsbetrieb mitverfolgen. An dieser Stelle wird Ghioldi Stefan willkommen geheissen bei der Stadt Burgdorf. Man freut sich auf die gute Zusammenarbeit. Es wird spannende Projekte geben.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass man an der Informationsveranstaltung von letzter Woche über die Grundlagen der Schulraumplanung informieren wollte. Aus bekannten Gründen ist diese Information entfallen. Die Grundlagen zur Schulraumplanung kann der SR ab Morgen auf der online Sitzungsverwaltung selbständig einsehen. Dieses Vorgehen wurde aufgrund der Fragen von Stadtrat Kämpf Jürg zur Schulraumplanung vorgenommen. Es sind zwei Berichte aufgeschaltet, einerseits die Analyse und andererseits die Lösungsstrategien. Die Hintergründe der letzten drei bis vier Jahren ist in diesen Bericht vorhanden. Es werden auch Kontaktadressen aufgeschaltet, an die man sich bei Fragen oder Unklarheiten wenden kann. Wie bereits erwähnt sind die Unterlagen ab Morgen auf der online Sitzungsverwaltung aufgeschaltet.

SRB: 2020-401 | Registratur-Nr. 1.13.1300.14

Gehaltsentwicklung 21-24

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass dieses Geschäft bereits seit längerer Zeit am Laufen ist. Man hat verschiedene Anläufe gebraucht und nach langer Zeit ist man nun am Ziel. Vor langer Zeit hat man im SR zusammen mit der Verwaltung versucht, einen Weg zu finden damit man die Lohnmassnahmen immer für eine Vierjahresperiode fixieren kann. Das ist gescheitert. Es wurden verschiedene Aufträge eingereicht. Ein Auftrag war die Parlamentserklärung der GLP-Fraktion, die überwiesen wurde, sowie der Auftrag der BDP- und GLP-Fraktion betreffend Stopp dem automatischen Lohnanstieg, der nicht überwiesen wurde. Der Wortlaut und die Begründung sind in der Vorlage ersichtlich. Am 9. Dezember 2019 hat der Gemeinderat (GR) sich darüber unterhalten, um welche Kosten es überhaupt geht. Spricht man vom Personalaufwand, der allumfassend ist, oder spricht man von der Sachgruppe 301 mit den Löhnen vom Verwaltungs- und Betriebspersonals. Der GR hat beschlossen, die strengere Version zu wählen mit der Sachgruppe 301 und nicht auf den ganzen Personalaufwand, um eine gewisse Flexibilität zu behalten wie zum Beispiel bei den Weiterbildungen oder andere Personalmassnahmen. Der GR hat der Paritätischen Kommission Personal (PKP) den Auftrag erteilt, das Projekt und die Evaluation zu starten. Dazu wurde aber auch der SR eingeladen.

Dabei wurden das Lohnsystem und die Lohnmassnahmen eingehend studiert. Dieser Prozess wurde im August 2020 abgeschlossen. Der SR wurde an der Informationsveranstaltung vom 31. August 2020 ausführlich informiert. Heute will man nun die Massnahmen organisieren. Seitens des SR waren jede Parteien unabhängig ihrer Stärke in der nichtständigen Kommission vertreten. Man wollte ein breit abgestütztes Resultat erzielen. In verschiedenen Sitzungen setzten sich die Mitglieder mit dem Gehaltssystem der Stadt Burgdorf als Ganzes vertieft auseinander und analysierten die Lohnentwicklung der vergangenen Jahre. Das Fazit der Kommission ist, dass das Gehaltssystem komplex ist und nicht so einfach ist, wie man es sich vorstellt. Das Lohnsystem wurde innerhalb des Projektes von allen Beteiligten besser verstanden. Das System ist innerhalb der öffentlichen Verwaltung breit etabliert. Das System wird in Burgdorf gut und konsequent angewendet. Die Lohnentwicklungen finden primär nach Leistungen und nicht automatisch statt. Der Lohnunterschied zwischen dem kleinsten und grössten Lohn ist relativ klein. Das System ist etabliert und wird nicht in Frage gestellt. In den Unterlagen ist ersichtlich, wie das Lohnsystem aufgebaut ist. Der Lohn besteht aus dem Grundgehalt nach Funktionsstufe, dem Erfahrungsanteil von 0.5 Prozent pro Jahr und den Leistungsanteil. Zusammen macht dies 100 Prozent aus. Der Erfahrungsanteil ist der einzige automatische Anstieg im Lohnsystem. Dieses Verständnis ist wichtig, wenn man die Lohnbänder betrachtet. Das Grundgehalt beträgt 62.5 Prozent und über die Jahre kann man mit der Erfahrung und der Leistung das Maximum erreichen. Für die Mitarbeitenden ist es relevant, dass man die Möglichkeiten von Lohnmassnahmen hat. Das wird auch als Führungsinstrument bei den Mitarbeitergesprächen genutzt. Die Kommission hat auch die Kostenentwicklung der Bruttolöhne angeschaut. Die Tabelle über die letzten sechs Jahre war interessant. Im Jahr 2016 hat eine Reallohnerhöhung stattgefunden. Der Durchschnittslohn ist gestiegen, hat aber in der Zwischenzeit wieder abgenommen. Die Befürchtungen eines grossen Lohnanstieges von rund 11 Prozent stimmen nicht. Man hat dies auch festgestellt, weil man das Vollzeitäquivalent der Stellen angeschaut hat. Es hat einen gewissen Stellenanstieg gegeben und zwar von 160.9 auf 170.2. Innerhalb von sechs Jahren hat man 9.3 Stellen geschaffen. Die Stellen betreffen hauptsächlich die Sozialhilfe, welche über den Lastenausgleich finanziert sind. Man hat Stellen im Bereich Schulsozialarbeit geschaffen oder auch die Stelle des Digital Officers oder eine Stelle im Bewilligungswesen der Baudirektion. Diese Stellen sind alle relevant damit man in einer gewissen Frist zum Beispiel mit der Digitalisierung vorwärts machen kann. Man hat das Lohnsystem auch im Vergleichsmarkt beurteilt. Die Beurteilung erfolgte im Rahmen des Projektes durch Klingler Urs, einer ausgewiesenen externen Fachperson. Gemäss Klingler Urs hat er noch kein so stabiles Lohnsystem gesehen. Die Stadt Burgdorf hat sich sehr sparsam verhalten. Die Löhne nahmen in der Privatwirtschaft jährlich im Prozentbereich zu. Die Lohnentwicklung bei der Stadt Burgdorf war unterdurchschnittlich. Für den Betrieb des Systems ist eine jährliche Personalkostenentwicklung von 1 Prozent auch gegenüber dem Vergleichsmarkt angemessen. Der Stellenausbau von 9.3 Vollzeiteinheiten in sechs Jahren ist bescheiden und mit Aufgabenwachstum erklärbar. Mit der PKP und der Kommission hat man versucht, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Dieser gemeinsame Antrag liegt dem SR nun vor. Für die individuelle Gehaltsentwicklung darf der Brutto Lohnaufwand um 1 Prozent pro Jahr ansteigen, wie es auch die Parlamentserklärung fordert. Zusätzliche Stellen sollen die Lohnentwicklung nicht beeinträchtigen und ein Stellenabbau soll die Lohnentwicklung nicht verbessern. Diese Massnahmen sollen für die Legislatur 2021 bis 2024 gelten. Diese Massnahmen sollen im zweiten Quartal 2024 im Hinblick auf die nächste Legislatur erneut evaluiert werden. Die GLP-Fraktion hat einen Antrag eingereicht und verlangt, die Evaluation früher durchzuführen. Der GR lehnt diesen Antrag ab. Mit der Evaluation bereits im vierten Quartal 2023 wird es nicht möglich sein, das vierte Jahr der bewilligten Periode ebenfalls auszuwerten. Mit der Evaluation im zweiten Quartal 2024 können die Lohnmassnahmen 2024 vollständig und die Mutationen 2024 zumindest teilweise einbezogen werden. Zudem wäre man rechtzeitig, damit der SR im November 2024 über die neuen Lohnmassnahmen entscheiden kann. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, wenn wir die ganze Periode auswerten können und nicht nur drei Jahre. Zeitlich ist der Ablauf

so machbar wie vorgeschlagen. Der GR lehnt den Antrag der GLP-Fraktion ab. Der GR ist gespannt auf die Diskussion im SR.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Ausarbeitung der Vorlage, insbesondere auch, dass man auf die eingereichte Parlamentserklärung eingegangen ist. Die Vorlage entspricht den Forderungen der Parlamentserklärung. Die GLP-Fraktion geht davon aus, dass der GR Handlungsspielraum hat, um vorsichtig zu sein bei der Lohnerhöhung. Der GR hat auch die Möglichkeit individuell etwas zu machen. Es ist aber auch so, dass die Rotationsgewinne ausgenommen werden können bei den zusätzlichen Lohnerhöhungen. Beim GR gibt es noch Handlungsspielraum, den er nutzen kann. Die Begleitgruppe hat man als sehr positiv erlebt und war wertvoll. Es hat die Gelegenheit gegeben, sich mit der Materie vertieft zu befassen. Das hat auch den Wert einer Begleitgruppe gezeigt. Eine Diskussion hat aber nicht stattgefunden. Es gab viele gute Informationen, aber eine Diskussion innerhalb der Stadratsmitglieder, um sich untereinander auszutauschen, war aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Die GLP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass gewisse Fragen noch offen sind, die man durchaus noch weiter diskutieren kann, zum Beispiel der Durchschnittslohn von Fr. 140'000.-- oder auf 13. Monatslöhne gerechnet Fr. 8'700.--. Wie steht dieser im Vergleich mit andern? Diese Frage konnte man nicht diskutieren. Deshalb ist es wichtig, dass man vorher und mit genügend Zeit das Lohnsystem nochmals anschauen kann. Der Einwand von Stadtpräsident Berger Stefan ist verständlich, aber bereits mit den vorangehenden Zahlen und den ersten zwei ganzen Jahren 2021 und 2022 sind genügend Grundlagen für eine erneute Evaluation vorhanden. Die GLP-Fraktion wäre deshalb froh, wenn der Abänderungsantrag vom SR unterstützt wird.

Abänderungsantrag GLP-Fraktion

Punkt 4: Er beauftragt den Gemeinderat, diese Lohnmassnahmen im Hinblick auf die nächste Legislatur erneut zu evaluieren (**4. Quartal 2023** ~~2. Quartal 2024~~).

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Der Einsatz der gemeinderätlichen Kommission mit Vertretern aus allen im SR vertretenen Parteien wurde sehr begrüsst. Das Gehaltssystem der Stadt Burgdorf hat sich als komplexer erwiesen als ursprünglich gedacht. Das Gutachten von Klingler Urs zeigt klar auf, wie das Gehaltssystem im Detail funktioniert und räumt mit denen bis dato vorliegenden Annahmen zum Lohnanstieg in der Verwaltung auf beziehungsweise zeigt auf, dass diese in der Vergangenheit nicht überproportional hoch waren. Für die kommende Legislatur 2021 bis 2024 wird für die individuelle Gehaltsentwicklung eine jährliche Erhöhung vom Bruttolohnaufwand von 1 Prozent gefordert. Man befindet sich in der grössten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg. Die Coronakrise hat die Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändert und Ungleichheiten schonungslos offen gelegt. So kennen die Staatsangestellten keine Krise währenddem Unternehmer von Gastro, Tourismus und Unterhaltung ums Überleben kämpfen. Gemäss der Präsentation des Budgets 2021 kostet die aktuelle Pandemie die Stadt Burgdorf rund 1.3 Mio. Franken. Einerseits durch Steuerausfälle sowie Mehrkosten im Rahmen des Lastenausgleichs Sozialhilfe. Verschiedene Branchen leiden stark unter der aktuellen Coronasituation. Viele Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Burgdorf müssen Lohneinbussen durch Kurzarbeit in Kauf nehmen oder haben ihre Arbeitsstelle bereits verloren. Viele Existenzen in verschiedenen Branchen sind zudem durch die unsicheren wirtschaftlichen Bedingungen weiterhin bedroht. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH hat bereits vor der zweiten Welle für das Jahr 2020 mit einem erheblichen Einbruch vom BIP gerechnet. Bei vorausgesetzt schwachem Wachstum in den nächsten Jahren wird das Vorkrisenniveau frühestens ab 2023 wieder erreicht. Wir befinden uns mitten in der zweiten Coronawelle. Verschiedene Kantone und auch umliegenden Länder haben bereits weitere Lockdowns angeordnet und bereiten sich auf mehrere Monate dauernde Einschränkungen vor. Es wäre gemäss BDP-Fraktion unangebracht in der aktuellen Situation,

ungeachtet der schwierigen Verhältnisse für viele Arbeitnehmer und KMUs, und der finanziell düsteren Aussichten für die Stadt Burgdorf eine Lohnerhöhung von 1 Prozent für die nächsten vier Jahre zu bestimmen. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Burgdorf ein Zeichen setzen und sich solidarisch verhalten soll. Die BDP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass er Stadträtin Fankhauser Karin vertritt, weil sie später erscheint. Sie hat die FDP-Fraktion in der Kommission Gehaltsentwicklung vertreten. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es manchmal wirklich besser ist, wenn man genauer hinschaut und sich etwas erklären lässt. Das führt dazu, dass man nicht immer am Ort tritt und vor allem in diesem Fall auch weiterkommt. Die FDP-Fraktion hat festgestellt, dass die Stadt Burgdorf ein sehr komplexes Lohnsystem hat, zum Teil auch etwas undurchsichtig. Das Wissen der verschiedenen Lohnkomponenten und deren Zusammenspiel mit den Auswirkungen sind sehr spannend und auch aufschlussreich. Die Analyse hat verschiedene offene Fragen beantwortet und viele Vorurteile ausgeräumt. Die FDP-Fraktion ist sehr froh, dass man das Lohnsystem der Stadt Burgdorf begutachten konnte. Die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der GLP-Fraktion folgen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass das Gehaltssystem Jahr für Jahr ein Thema bei der Budgetdebatte im SR ist. Auf der einen Seite der GR und auf der anderen der SR. Zwischen dem GR und SR stehen die Betroffenen, das städtische Personal. Es ist oft emotional und Nerven aufreibend die Debatten, die geführt wurden. Mit dem vorliegenden Geschäft wird eine langjährige Forderung der SVP- und EDU-Fraktion erledigt. Es ist wichtig und gut, dass jetzt nicht mehr jedes Jahr über die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals öffentlich diskutiert wird. Der Aufwand der Verwaltung, der für die Mitglieder der Kommission Gehaltsentwicklung betrieben wurde, hat sich gelohnt. Das Vorgehen entspricht den Vorstellungen von Sachpolitik. Der Sachverhalt des Systems wurde erläutert und hat sicherlich bei einigen zu neuen Erkenntnissen geführt. Das Gehaltssystem ist Sache der Exekutive. Der SR definiert die Rahmenbedingungen und steuert finanziell so, dass das System funktionieren kann und die Kosten auch tragbar sind. Die SVP- und EDU-Fraktion dankt dem GR und allen Personen, die an dieser ausgewogenen, mehrheitsfähigen und im Konsensverfahren entstandenen politischen Vorlage, gearbeitet haben. Der vorliegende Abänderungsantrag wird nicht unterstützt. Es waren alle Parteien bei der Erarbeitung dabei und hätten sich zum entsprechenden Zeitpunkt äussern können. Der Zeitpunkt der Evaluation ist aus den erwähnten Gründen richtig und gut. Die SVP- und EDU-Fraktion folgt den Anträgen des GR einstimmig.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass die Geschichte, wie wir zur Abstimmung heute Abend gelangt ist, bekannt ist. Der GR und die Verwaltung sind dem SR einen Schritt entgegengekommen und sind auf die Forderung der Parlamentserklärung eingegangen. Vor einem Jahr hat der SR das Budget diskutiert und nach der Debatte im Rat ist eine Person an Stadträtin Bossard-Jenni Tabea getreten und mitgeteilt, dass der SR das Lohnsystem nicht versteht. Eventuell hat er die Aussage nicht genau so gemacht, aber sinngemäss. Jedenfalls stimmte seine Aussage. Die Teilnahme bei der Kommission Gehaltsentwicklung hat einem die Augen geöffnet und vieles konnte verstanden werden. Es ist wohl noch dem einen und anderen so ergangen. Man ist dankbar, dass in Zukunft das Budget mit einem kompletteren Wissen als vor einem Jahr behandelt werden kann. Die EVP steht hinter den Anträgen des GR und wird diesen zustimmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara ihr Votum ziemlich obsolet gemacht hat, weil sie alles gesagt hat, was es dazu zu sagen gibt. Den Anträgen geht eine souveräne Grundlagenarbeit mit einem Experten vor. Man hat Wissen dazu gewonnen. Der SR hat vorher das Lohnsystem nicht verstanden. Klingler Urs hat der Kommission dabei

geholfen, das System besser zu verstehen. Er hat zudem mit seinem Bericht überrascht und hat im Prinzip alle Argumente der GLP und BDP widerlegt, welche in den Vorstössen erwähnt wurden. Insofern wird die SP-Fraktion den Anträgen des GR zustimmen und den Abänderungsantrag der GLP-Fraktion ebenfalls annehmen.

Stadratspräsident von Arb Peter informiert über das weitere Vorgehen. Über die Anträge 1 bis 3 soll gemeinsam abgestimmt werden. Beim Antrag 4 wird der Antrag des GR dem Abänderungsantrag der GLP-Fraktion gegenübergestellt.

Stadtrat Aebi Roger beantragt, dass über die Anträge einzeln abgestimmt wird.

Abstimmung

Antrag 1

Der Stadtrat bewilligt für die individuelle Gehaltsentwicklung in der Legislatur 2021 bis 2024 eine jährliche Erhöhung des Bruttolohnaufwandes (Sachgruppe 301) um 1%.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja Stimmen bei 4 Enthaltungen den Antrag 1.

Antrag 2

Zusätzliche Stellen (Köpfe, VZE und Kosten) sollen die Lohnentwicklung gemäss Ziffer 1 nicht beeinträchtigen, ein Stellenabbau darf die Lohnentwicklung nicht verbessern.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen den Antrag 2.

Antrag 3

Er genehmigt die Änderung von Artikel 14 des Personalreglements.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag 3.

Antrag 4

Antrag GR:

Er beauftragt den Gemeinderat, diese Lohnmassnahmen im Hinblick auf die nächste Legislatur erneut zu evaluieren (2. Quartal 2024).

Abänderungsantrag GLP-Fraktion:

Er beauftragt den Gemeinderat, diese Lohnmassnahmen im Hinblick auf die nächste Legislatur erneut zu evaluieren (**4. Quartal 2023 2. Quartal 2024**).

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 18 zu 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Abänderungsantrag der GLP-Fraktion zu.

SRB: 2020-402 | Registratur-Nr. 7.70.7000.10

Budget 2021

Verhandlung

Stadratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass am 15. Oktober 2020 die GPK an ihrer ordentlichen Sitzung das Budget eingehend diskutiert hat. Als Auskunftspersonen waren Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, anwesend. Die GPK bedankt sich für die Arbeit, welche für den Budgetprozess sowie die entsprechenden Dokumente geleistet wurde. Insbesondere der nochmals verbesserte Kompass ist bei der GPK sehr gut angekommen. Ebenfalls wurden die meisten der anlässlich der GPK-Sitzung noch vorgebrachten materiellen und redaktionellen Anpassungsvorschläge umgesetzt, was die Lesbarkeit der Dokumente nochmals erhöht hat. Es ist generell nicht Aufgabe der GPK, politisch zu beurteilen, sondern lediglich festzustellen. Was die Legislative, respektive die gesetzgebende Instanz, also die Mitglieder des SR, damit macht, ist deren Sache. Grundsätzlich gilt es festzustellen, dass es in der aktuell unsicheren Lage wohl müssig ist, darüber zu diskutieren, ob man beispielsweise bei den Steuereinnahmen zu optimistisch oder zu pessimistisch war. Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, sagte in der Berner Zeitung vom 26. Oktober 2020 zum Budget beziehungsweise zur unsicheren Lage: "Die Zahlen basieren auf Annahmen, das Budget ist so was von unsicher, das habe ich noch nie erlebt." Die Vorgabe, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen, wurde erfüllt. Allerdings kommt dies nur dank der am 22. Juni 2020 durch den SR beschlossenen Auflösung der Neubewertungsreserve von 5.7 Mio. Franken zustande, welche nicht liquiditätswirksam ist. Dies resultiert dann in einem negativen Selbstfinanzierungsgrad und einer damit verbundene Neuverschuldung, wie auch aus dem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 ersichtlich. Weiter ist der Kanton nach wie vor kein zuverlässiger Partner mit schwankenden Abgaben und Verschiebungen von Aufgaben vom Kanton zu den Gemeinden. Zum budgetierten Selbstfinanzierungsgrad von -3.0 Prozent lässt sich sagen, dass diese Kennzahl, wie zahlreiche andere auch, nur durch drei Massnahmen verbessert werden kann. Erstens durch Steigerung der laufenden Einnahmen. Zweitens durch Senkung der laufenden Ausgaben. Drittens durch Senkung der Nettoinvestitionen. Eine grundsätzliche legislativ-politische Aufgabe. Die GPK dankt nochmals allen Beteiligten für die seriöse Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget 2021. Die GPK empfiehlt das Budget 2021 dem SR zur Behandlung. Eine kleine Bitte. Davon ausgehend, dass die inhaltlichen Unterschiede in den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen nicht allzu gross sind, wäre es schön, wenn wir nicht allzu viele Wiederholungen hören müssten. Merci.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass das Budget 2021 ab und zu Kopfzerbrechen bereitet hat. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice kann sich dem Votum des Präsidenten der GPK anschliessen betreffend den Massnahmen. Die Massnahmen im Budget wurden von der Finanzdirektion und dem GR beschlossen. Die Einnahmen steigern ist im Moment nicht möglich, weil das Steuersubstrat tief sein wird. Es ist bereits jetzt ersichtlich, dass auch in diesem Jahr weniger Steuern bezahlt werden. Deshalb wurde im Budget entsprechend tiefer budgetiert als bisher. Man hat eigentlich noch tiefer budgetiert, weil man bis jetzt Jahr für Jahr einen höheren Betrag budgetieren konnte und man dem bei der Jahresrechnung gerecht wurde. 60 Prozent der Steuereinnahmen gehen direkt in den Lastenausgleich. Dieser Lastenausgleich bereitet auch Kopfzerbrechen. Normalerweise liegen die Zahlen im Juni vor. Man wusste, dass in diesem Jahr die Zahlen später geliefert werden. Als die Zahlen vorlagen, hat man vernommen, dass man über Fr. 75.-- pro Person mehr als im letzten Jahr

Soziallastenausgleich zahlen wird. Das bedeutet 1 Mio. Franken plus. Einen Tag nach der Aufschaltung der Unterlagen für die GPK-Sitzung hat der Kanton neue Zahlen geliefert und zwar Fr. 563.-- pro Person. Diese Korrektur bedeutet 0.5 Mio. Franken. Ein spezieller Dank geht deshalb an die Finanzdirektion, welche mit Sonntags- und Nachtarbeit die Unterlagen zum Budget entsprechend angepasst haben. Man konnte nicht nur die Zahl Fr. 603.-- mit Fr. 563.-- zu korrigieren. In der Folge gab es einige Korrekturen. Die Prognosen sind auch nicht unbedingt erhellend. Im Jahr 2022 spricht man von Fr. 599.--. Erst 2023 sollte die Zahl wieder sinken mit Fr. 591.--. Die Stadt Burgdorf ist vor allem gefordert durch die Abgabe der 60 Prozent an den Kanton. Wahrscheinlich ist es auch der Sozialgedanke, den man im Gemeindewohl hat. Im SR hört man immer wieder, dass eine Stadt so funktionieren soll wie die Privatwirtschaft. Vorhin hat man aber gehört, dass offensichtlich die Staatsangestellten überhaupt nichts spüren von Corona im Gegensatz zur Privatwirtschaft. Im Kanton Genf wurde dem Pflegepersonal im Sommer der Lohn gekürzt. Der SR soll deshalb fair bleiben. Es wird auch immer wieder gesagt, wie die Finanzen völlig aus dem Lot sind. Seit Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice ihr Amt innehat, sind die Finanzen auf der Prioritätenliste. Jedes Jahr wurde eine Sparrunde gemacht, auch in diesem Jahr. Eine Steuererhöhung ist nach wie vor absolut kein Thema. Die Finanzen sind im Lot. Sie sind einfach nicht so rosig. Die Finanzen aber immer so zu negieren und gerade in einer Krise, ist nicht korrekt. Die Finanzdirektion und auch alle anderen Direktionen geben sich sehr Mühe einigermaßen gut durch die Krise zu kommen. Weil die Stadt Burgdorf genug Liquidität hat, hat sie Hand geboten, vor allem bei Mieten und den Vereinen unter die Arme zu greifen und während dem Lockdown die Mietzinse erlassen. Zudem hat man den Tochtergesellschaften leicht verzinsten Darlehen unterbreitet. Was von den Tochtergesellschaften weiterhin auf die Stadt Burgdorf zukommen wird im nächsten Jahr mit diesem Budget, kann nicht voraus gesagt werden. Es ist auch für die Tochtergesellschaften sehr schwer. Man könnte noch viel über das sehr schwierige Budget erzählen, aber es wäre Kaffeesatzlesen. Man hofft, dass man so vorsichtig budgetiert hat, dass man über die Runden kommt. Ein spezielles Augenmerk gilt dem Finanzplan, der aufgrund des Budgets weitergeführt worden. Ab Seite 13 ist die Entwicklung im Finanzplan ersichtlich. Der Finanzplan sieht nicht ganz so strub aus, wie Leute es gerne äussern. An der Informationsveranstaltung wurde bereits ausführlich über die Zahlen orientiert. An dieser Stelle entschuldigt sich Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice, dass die Veranstaltung nicht in dem Rahmen wie gewünscht durchgeführt werden konnte. Es war leider wegen Corona nicht anders möglich. Man war froh, dass es im kleinen Rahmen durchgeführt werden konnte. Das Budget erfüllt die Aufgaben des SR. Im Jahr 2021 gilt es umsichtig mit den Finanzen umzugehen. Der SR wird gebeten, den Anträgen des GR zu folgen.

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die allgemeine Diskussion und im Anschluss die Detailberatung. Bei der Detailberatung soll bei Fragen zuerst die Seitenzahl genannt werden.

Stadtrat Kühni Simon, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass es nicht überrascht hätte, wenn der GR die unsichere Lage zum Anlass genommen hätte eine Steuererhöhung zu beantragen. Die SVP-Fraktion wäre sicher gegen eine Steuererhöhung. Umso mehr wird es honoriert, dass es nicht gemacht wurde. Dem Budget konnte entnommen werden, dass jede Abteilung ihr Möglichstes gemacht und der schwierigen Zeit Rechnung getragen hat. Formell sind im Budget keine Fehler aufgefallen. Der Dank geht an die Verwaltung und die GPK. Man ist sich bewusst, dass eine genaue Budgetierung in der momentanen Lage kaum möglich ist und von den politischen Parteien nicht erwartet werden kann. Die SVP- und EDU-Fraktion verdankt allen Beteiligten ihre Arbeit und hat grössten Respekt von dieser Arbeit.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt den Verfassern des Budgets 2021 und des Aufgaben- und Finanzplans 2022-2024. Die Erarbeitung des Budgets 2021 war für die Finanzdirektion

besonders anspruchsvoll. Dies wurde auch an der Informationsveranstaltung von letzter Woche betont. Die Zahlen sind im Kompass übersichtlich dargestellt und im Bericht äusserst transparent kommentiert. Die Entwicklung der Coronapandemie ist heute nicht abschätzbar, so dass das Budget 2021 auf vielen Annahmen basiert. Tatsache ist aber, dass auch die Stadtfinanzen vom Virus befallen sind. Der Zustand verschlechtert sich zusehends indem die Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen. Das bereitet der BDP-Fraktion Kopfzerbrechen. Die nächsten Jahre werden so zu einer grossen Herausforderung. Unter diesen Voraussetzungen müssen das Budget sowie der Aufgaben- und Finanzplan äusserst vorsichtig erstellt werden. Zu berücksichtigen sind auch die gestiegenen Risiken mit den Beteiligungen und Darlehen an die stadtnahen Unternehmer wie zum Beispiel die Markthalle. Die Risiken sollten eigentlich im Beteiligungsspiegel im Geschäftsbericht deutlicher erwähnt werden. Mittelfristig ist das Budget zu optimistisch, weil wir uns eigentlich in einer der grössten Krisen seit langem. Die Erholung der Wirtschaft wird noch lange dauern, vermutlich länger als nach der Finanzkrise im 2008. Mit dem Finanz- und Aufgabenplan kann die Entwicklung in den nächsten Jahren den neuen Erkenntnissen angepasst werden und somit auch rechtzeitig Massnahmen eingeleitet werden können. Das Budget entspricht trotz den positiven Ergebnissen eigentlich nicht den Vorgaben des SR. Unter einem ausgeglichenen Haushalt verstehen die BDP-Fraktion, dass die Einnahmen mindestens die Ausgaben decken und das ohne buchhalterische Entnahme aus einer Neubewertungsreserve. Die Entnahme vermittelt ein falsches Bild und verzehrt die Erfolgsrechnung in den nächsten fünf Jahren massiv. Ohne Entnahme müsste mit markanten Verlusten bis mindestens im Jahr 2024 gerechnet werden. Die Neubewertungsreserve muss übrigens von Gesetzeswegen innerhalb von fünf Jahren ab 2021 linear aufgelöst werden und kann deshalb nicht durch die Finanzdirektion beeinflusst werden. Insofern trifft die Auflösung zum richtigen Zeitpunkt ein. Durch die Coronakrise hat sich auch die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf weiter verschlechtert. Die Personalentwicklung steigt im Vergleich zum Bevölkerungswachstum überproportional an. Von 2016 bis 2021 wurden 21 neue Stellen mit einer Lohnsumme von über 2.4 Mio. Franken geschaffen. Andererseits entwickeln sich die Einnahmen nicht im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum. Offensichtlich kann dies über längere Zeit so nicht aufgehen. Seit Jahren schieben die Finanzverantwortlichen der Finanzdirektion, auch ohne Corona, ein strukturelles Defizit vor sich her. Die Krise hat dies nur noch verschärft. Dazu kommt, dass in den nächsten Jahren hohe Investitionen bei den Schulen und der Verwaltungsraumplanung anstehen. Dabei ist die Bemerkung von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice in der BZ von letztem Dienstag an das Stadtparlament eigentlich fehl am Platz. Man erwartet von den Verantwortlichen für die Finanzen, dass man über die Bücher geht und aufzeigt wie die Finanzen wieder ins Lot gebracht werden können. Dazu hat man in der vergangenen Legislatur von der zuständigen Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice wenig gehört. Im Bericht findet man einzig den Hinweis, dass für die neue Legislatur 2021 bis 2024 neue Ziele zu den Finanzen definiert werden müssen. Man begrüsst die Aussage von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice, dass keine Steuererhöhung bevorsteht. Für die BDP-Fraktion wäre eine Steuererhöhung gar kein Thema. Die BDP-Fraktion fordert aber einen langfristigen Finanz- und Investitionsplan, der klar die Prioritäten aufzeigt, aber auch realistische Möglichkeiten aufzeigt. Es ist zu hoffen, dass sich die Wirtschaft rasch erholt und sich die Situation rasch normalisiert. Die BDP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, kritisiert die Infoveranstaltung von letzter Woche. Mit der Wahl des Standortes im Gemeindesaal war ein solches Szenario vorprogrammiert, dass leider nicht alle Mitglieder des SR teilnehmen konnten. Man ist der Meinung, dass eine solche Veranstaltung für alle zugänglich sein muss damit eine freie Meinungsbildung möglich ist. Die SP-Fraktion dankt dem GR, der Verwaltung und allen involvierten Personen für das Budget. Man ist sich bewusst, dass es Corona bedingt extrem schwierig war, insbesondere was die Prognosen angeht. Wir haben Schulden, aber wir müssen es ein bisschen differenzierter anschauen. Wenn man längerfristige und kurzfristige Verbindlichkeiten trennt, sieht man, dass längerfristig viele Darlehen vorhanden sind

und zwar mehr als die Hälfte davon. Diese wurden zum Beispiel gesprochen für das Schloss, das Casino und die Eishalle. Diese Investitionen hat der SR gesamthaft unterstützt. Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten wurde mehr aufgenommen, nämlich rund 10 Mio. Franken. Bei diesem Betrag verdienen wir aktuell Geld. Wenn das nun kritisiert wird, stellt sich die Frage, ob man überhaupt noch Darlehen aufnehmen will oder nicht. Will man damit noch Geld verdienen oder nicht? In den letzten vier Jahren konnten Schulden abgebaut werden. Die Prognose für das Jahr 2020 sieht auch so aus, dass man weiterhin Schulden abbauen kann. Die SP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass Investitionen trotz der Corona Situation weiterhin möglich sind. Man muss das lokale Gewerbe unterstützen. Bei einem Punkt im Votum von Stadtrat Aebi Roger muss widersprochen werden. Es wurde gesagt, dass 21 neue Stellen geschaffen worden sind mit einem Mehraufwand von rund 2 Mio. Franken. Gemäss Tabelle beim vorangegangenen Traktandum ist ersichtlich, dass die Vollzeiteinheiten gestiegen sind, aber die durchschnittlichen Kosten sind gesunken. Irgendwo geht diese Rechnung nicht auf. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des GR geschlossen zustimmen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, dankt der ganzen Verwaltung für die sehr saubere und gute Arbeit, die bei der Budgetierung 2021 gemacht worden ist. Wenn man sich die Entwicklung des operativen Ergebnisses zu Gemüte führt, gibt es nicht nur Bauchweh, sondern es wird einem auch ein bisschen schlecht. Man macht sich Sorgen um die Stadt Burgdorf. Auch die rosarote Brille namens Neubewertungsreserve kann nicht darüber hinweg helfen. Die Kombination aus zu optimistisch budgetierten Steuereinnahmen, immer grösseren Kantonsabgaben und vor allem den grossen Infrastrukturinvestitionen sind ein sehr gefährlicher Cocktail. Corona hin oder her. Man ist sich bewusst, dass die Situation sehr schwierig ist und gefühlsmässig auch nicht einfacher wird. Deshalb verlangt die GLP-Fraktion respektive möchte übergeordnet beliebt machen, in der nächsten Legislaturperiode generell Ausgabepositionen noch verstärkter zu überprüfen oder neu zu überdenken und Muster zu durchbrechen. Auch institutionalisiert in die Tiefe forschen, wo man noch etwas Schrauben kann und noch nicht daran gedacht hat. Dies ohne, dass der Grundauftrag und die Dienstleistungsqualität der Stadt Burgdorf leiden. Es gibt immer verschiedene Wege zum gleichen Ziel. Grundsätzlich hat man grosses Vertrauen in die Stadt Burgdorf und die Verwaltung, dass sie in der schwierigen Situation nicht vom Weg abkommt oder, wenn es der Fall sein soll, den Weg zurück findet. Wenn die GLP-Fraktion sieht, dass man etwas zweckmässig bewirken kann, wird man sich vorbehalten entsprechende Massnahmen zur finanziellen Stabilität der Stadt Burgdorf, möglicherweise mit anderen Parteien, zu ergreifen. Es geht nicht um Schuldzuweisungen. Man muss jetzt zusammenhalten und vorwärts machen, damit es auch gelingt.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen des GR zustimmt. Man ist sich bewusst, dass die Unsicherheiten gross sind. Es ist aber weit und breit keine konstruktive Idee da, wie man die Unsicherheiten beseitigen könnte. Mit den Unsicherheiten müssen wir jetzt leben. In Anbetracht dessen ist die geleistete Arbeit am Budget sehr gut. Erfreulich ist, dass eine Steuererhöhung kein Thema ist. Der Selbstfinanzierungsgrad mit den Investitionen ist negativ. Man ist aber bereit, den vorgesehenen moderaten Schuldenanstieg in Kauf zu nehmen, wenn man die Investitionen nicht zurückstellt und es der kommenden Generationen überlässt.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, dankt für die Erstellung des Budgets, den Kompass und die Infoveranstaltung, die leider in einem anderen Rahmen ausgefallen ist als gewünscht. Man schätzt es jedoch, dass es trotzdem eine Möglichkeit gab. Die EVP wird dem Budget zustimmen. Die EVP hat sich einen Antrag an den SR überlegt. Die Begründung ist einfach und man liest es in den Medien, wegen Corona. Der SR kann sich mit dieser Geste solidarisch zeigen gegenüber allen jenen die von dieser Krise betroffen sind. Man hat nicht ausgerechnet wie viel und in welcher Produktgruppe der Saldo verbessert werden würde. Da es im Budget sowieso viele Unsicherheiten hat, kommt es auf

die ungefähr Fr. 15'000.-- bis Fr. 16'000.-- nicht darauf an. Man hat es dem SR auch nicht im Voraus zugestellt, damit es in den Fraktionen nicht breit getrampelt werden kann. Es ist eine Abstimmung, die jeder für sich selber über die Parteigrenze hinaus entscheiden kann. Die Partei spielt dabei keine Rolle.

Antrag EVP

1. Der Stadtrat verzichtet rückwirkend für das Jahr 2020 auf die Sitzungsgelder.
2. Der Stadtrat verzichtet für das Jahr 2021 auf die Sitzungsgelder.
3. Ausgenommen davon sind Sonderleistungen wie das Stadtratsbüro, Kommissionsarbeit sowie auf Antrag allfällige Härtefälle.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, dankt für die Informationsveranstaltung und die tollen Budgetunterlagen, die dem SR zur Verfügung gestellt wurden. Selbstverständlich hat auch die FDP-Fraktion Verständnis für die Unsicherheiten bei der Budgetierung. Die FDP-Fraktion negiert nicht, sondern stellt fest. Man muss nicht jede Zahl im Budget hervorziehen, aber auf zwei bis drei Sachen muss dennoch aufmerksam gemacht werden. Stadtrat Schärf Philipp hat in seinem Votum gesagt, dass das operative Ergebnis gegenüber der Rechnung 2019 um sage und schreibe 8.5 Mio. Franken schlechter. Natürlich hat Covid-19 gewisse Auswirkungen. Man hat auch festgestellt, dass das Finanzergebnis gegenüber dem Jahr 2019 um 1.1 Mio. Franken zurückgeht. Die Darlehensrückzahlungen, wie sie im 2020 und 2021 von der Localnet mit je 5 Mio. Franken erfolgen, sind einerseits ein Segen für die Schuldenamortisation, aber gleichzeitig fallen künftige Zinserträge weg. Dem grössten Augenmerk gilt den Ertragsüberschüssen und was diese bedeuten. Es sind ja eigentlich keine Ertragsüberschüsse, weil sie nur durch die Auflösung der Neubewertungsreserve von 5.7 Mio. Franken zustande gekommen ist. Mit diesem Überschuss, den man im Jahr 2021 vorsieht, will man die Spezialfinanzierung Schulraum äufnen. So will man die nächsten vier Jahre weiterfahren. Was heisst das? Wir werden im Jahr 2024 im Spezialfinanzierungstopf eine Summe haben, die aus reinen Buchgewinnen zustande gekommen ist, das heisst, es ist kein Franken Geld geflossen. Ab 2024 werden die Investitionen wirksam beim Schulraum. Man hat gehört, dass bis 2030, und das ist nicht mehr so lange, 83.7 Mio. Franken an Investitionen getätigt werden soll. Mit einem Topf notabene, wo man längstens nicht dort ist und auch kein flüssiges Geld vorhanden ist. Dies macht Sorgen. Weiter bereitet der FDP-Fraktion die Kostenentwicklung in der laufenden Legislatur Sorgen und auch fortführend im Budget 2021 in den einzelnen Direktionen. Seit dem Legislativende sind folgende Kostensteigerungen zu verzeichnen: bei der Präsidialdirektion Fr. 800'000.--, bei der Baudirektion 1 Mio. Franken, bei der Bildungsdirektion 2.1 Mio. Franken, bei der Sozialdirektion plus 75 Prozent mit Fr. 500'000.--. Tendenzen weiter steigen. Der Personalkostenzuwachs im Budget 2021 beträgt 860 Stellenprozent mit 1.8 Mio. Franken. Davon sind 1.3 Mio. Franken für die neuen Stellen. Die Stellen werden zum Teil über den Lastenausgleich abgerechnet, was zwar nicht beziffert wird, aber es ist ein schwacher Trost. Wir werden auf der einen Seite daran erinnert, wie heute Abend auch wieder, dass der Lastenausgleich 60 Prozent des Gesamthaushaltes ausmacht. Werden nicht solche Personalkosten irgendeinmal zum Bumerang für unsere Stadt Burgdorf? Es beneidet sicher niemanden Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice für ihre Aufgabe, das schleckt keine Geiss weg, aber in den letzten vier Jahren hat sie es nicht geschafft einmal ernsthaft von einem Sparwillen zu sprechen. Die Zahlen beweisen eigentlich das Gegenteil. Wie soll der SR die Aussagen in der Tageszeitung interpretieren? Zitat: "Der SR ist auch gefordert, Vorschläge zu machen, wo gespart werden soll." Handelt es sich dabei um ein Ablenkungsmanöver oder eine Kapitulation der Sparbemühungen? Die FDP-Fraktion kann sich deshalb einen Seitenhieb nicht verkneifen. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice soll den ersten Schritt machen, weil es in ihrer Aufgabe als Exekutivmitglied ist Sparvorschläge zu unterbreiten. Man wartet immer noch darauf, aber die Zeit wird langsam knapp.

In der **D e t a i l b e r a t u n g** werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass über den Antrag der EVP in globo abgestimmt werden kann.

Abstimmung

Antrag EVP

1. Der Stadtrat verzichtet rückwirkend für das Jahr 2020 auf die Sitzungsgelder.
2. Der Stadtrat verzichtet für das Jahr 2021 auf die Sitzungsgelder.
3. Ausgenommen davon sind Sonderleistungen wie das Stadtratsbüro, Kommissionsarbeit sowie auf Antrag allfällige Härtefälle.

Stadtrat Schärf Philipp findet es eine sehr gute Idee ein Zeichen zu setzen. Das Vorgehen ist weniger gut. Es kommt fast wie eine öffentliche Brandmarkung daher. Man fühlt sich zwar nicht persönlich angegriffen, aber es wäre besser gewesen, wenn man dies vorgängig im Rat beschlossen hätte und es eine gemeinsame Entscheidung gewesen wäre. Man hätte ein gemeinsames Zeichen setzen können, dass man einen Beitrag leistet und ein Zeichen setzt. Es wäre deshalb besser, wenn wir das Anliegen an der nächsten Sitzung traktandieren, vorausgesetzt es ist technisch und rechtlich möglich. Der SR hätte Zeit darüber nachzudenken, gemeinsam zu entscheiden und dahinter zu stehen.

Stadtrat Gerber Thomas stösst in das gleiche Horn. Wir diskutieren über das Budget. Der erste Antrag hat gar nichts mit dem Budget 2021 zu tun, weil es rückwirkend das Jahr 2020 betrifft. Wenn man Abänderungsanträge beim Budget einreichen will, würde es auch das Budget verändern und der SR hätte die Möglichkeit Ja oder Nein zu sagen. Es geht um rund Fr. 16'000.--. Das Budget hat Ausgaben von 109 Mio. Franken. Das Budget würde es nicht verändern. Deshalb soll das Anliegen an der nächsten Sitzung behandelt werden. Es ist Wahlkampftechnisch eine schöne Sache, hat aber mit dem Budget 2021 nichts zu tun.

Stadträtin Rohrbach Sabrina findet die Art und Weise nicht super, dass das Anliegen ohne Diskussion vorgebracht wird. Die Mitglieder der SVP geben einen Grossteil ihre Gelder an die Sektion ab. Das Geld würde fehlen und könnte jetzt nicht einfach so entschieden werden. Stadträtin Rohrbach Sabrina würde den Antrag ablehnen.

Stadtrat Käsermann Fabian schliesst sich den meisten Vorredner an. Es ist gut ein Zeichen zu setzen, aber wenn die Fr. 16'000.-- in das Budget der Stadt Burgdorf zurückfliessen, ist es nicht unbedingt ein Zeichen für die, welche unter Corona leiden. Man müsste das Geld für etwas anderes verwenden.

Stadträtin Cottier-Rupp Franziska dankt für den Antrag. Der Antrag ist originell und kurzfristig. Stadträtin Cottier-Rupp Franziska schliesst sich den Vorredner an. Falls der SR heute darüber abstimmt, soll über die Anträge einzeln abgestimmt werden, weil es die Rechnung 2020 und das Budget 2021 betrifft. Es sind Wahlen und im Jahr 2021 wird der SR nicht gleich zusammengesetzt sein.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea dankt für die Rückmeldungen und die prinzipielle Bereitschaft, darüber zu diskutieren. Es ist unklar, wie es formell möglich ist über den Antrag an der nächsten Sitzung abzustimmen. Der Grund, warum der Antrag drei Punkte enthält, sind die bevorstehenden Gemeindewahlen. So kann jeder über sein Geld bestimmen. In welcher Form ist es möglich, das Anliegen an der nächsten Sitzung zu traktandieren?

Stadtschreiber Schenk Roman teilt mit, dass der Antrag zum Budget nicht einfach an der nächsten Sitzung behandelt werden kann. Die einzige Möglichkeit wäre, ein dringliches Postulat mit dem

Anliegen einzureichen. Das dringliche Postulat könnte dann an der Stadtratssitzung im Dezember behandelt werden.

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass der SR die formelle Auskunft dazu erhalten hat. Das bedingt, dass die EVP ihren Antrag zurückzieht und das Anliegen als dringliches Postulat einreicht.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass man den Antrag zurückzieht und ein entsprechendes dringliches Postulat einreicht.

Abstimmung

1. Im Jahr 2021 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.
2. Das Budget 2021 wird genehmigt bestehend aus:

		Aufwand		Ertrag
Gesamthaushalt	CHF	115'335'236.00	CHF	115'693'137.00
Ertragsüberschuss	CHF	357'901.00		
Allgemeiner Haushalt	CHF	108'600'223.00	CHF	108'600'223.00
Ertragsüberschuss	CHF	0.00		
SF Abwasserentsorgung	CHF	3'313'287.00	CHF	3'801'964.00
Ertragsüberschuss	CHF	488'677.00		
SF Abfallentsorgung	CHF	2'062'717.00	CHF	2'167'800.00
Ertragsüberschuss	CHF	105'083.00		
SF Feuerwehr	CHF	1'359'009.00	CHF	1'123'150.00
Aufwandüberschuss			CHF	235'859.00

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2021 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PraD: PG 10, 11, 13 und 14
BauD: PG 20, 21, 22, 23 und 24
ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37
Bild: PG 50, 51 und 52
SozD: PG 60, 61, 62 und 63
FinD: PG 70

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 4 Enthaltungen die Anträge.

Stadtpräsident Berger Stefan hat die Diskussion zum Budget sehr interessiert mitverfolgt und sich auch gewundert über die Aussagen, was in der Verwaltung für Stellen geschaffen wurden. Die Stellenschaffungen wurden im vorangehenden Traktandum behandelt. Es sind Wahlen, trotzdem soll man bei der Wahrheit bleiben. Wenn Wahlen sind, behandelt man einander fair. Die Fairness hat man bei einigen Votanten gegenüber der zuständigen Gemeinderätin vermisst. Es sind Wahlen und die Finanzen sind ein Dauerthema, trotzdem soll man fair bleiben und nicht unter der Gürtellinie auf eine Person spielen. Man diskutiert über Geld, Sachen, Finanzen und soll auch bei der Wahrheit bleiben.

SRB: 2020-403 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

Wahl des GPK-Sekretariats

Verhandlung

Stadratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass der Antrag der GPK vorliegt. Die GPK schlägt Meier-Gubser Stefanie als neue Sekretärin der GPK vor.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass der Stundenansatz von Fr. 150.-- zu hoch ist, insbesondere auch, weil die Portokosten zusätzlich vergütet werden.

Abstimmung

1. Der Stadtrat wählt Frau Stefanie Meier-Gubser, geb. 19.3.1974, Rechtsanwältin, Burgdorf, zur Sekretärin der Geschäftsprüfungskommission mit Amtsbeginn am 1. Januar 2021.
2. Die Entschädigung wird pauschal für alle Arbeiten auf CHF 150.00 pro Stunde zzgl. MwSt festgelegt; die Portokosten werden zusätzlich vergütet.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Anträge.

SRB: 2020-404 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag FDP-Fraktion betreffend Velounterführung

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert, dass der GR die Meinung der FDP-Fraktion teilt, dass eine Veloverbindung unter dem Bahnhof Burgdorf für das Burgdorfer Langsamverkehrsnetz nötig ist. Die heutige Personenunterführung Ost für den Veloverkehr frei zu geben, ist aus baulichen Gründen und aus Sicht der Verkehrssicherheit jedoch nicht möglich. Grund dafür sind die Vorgaben, welche für das Licht und die Breite eines Tunnels gelten. Es gibt ähnlich breite Tunnels an anderen Bahnhöfen in der Schweiz, diese sind jedoch deutlich kürzer. Die Platzverhältnisse und die Zugänge von den Perrons mit engen Sichtverhältnissen lassen eine sichere Koexistenz zwischen den Velofahrenden und Fussgängern nicht zu. Die Mindestbreite von 6 Metern, welche gemäss SBB für eine Unterführung dieser Länge nötig wäre, wird mit der Breite von 4 Metern deutlich unterschritten. Die Schaffung einer Veloverbindung im Bereich des Bahnhofs ist jedoch im ESP Bahnhof als Massnahme festgeschrieben. Die Massnahme wurde im Agglomerationsprogramm der 4. Generation angemeldet, der Bundesbeschluss dazu steht noch aus. Aktuell wird eine gesamträumliche Betrachtung des Gebietes ESP Nord erarbeitet. Damit will man die potenzielle räumliche Entwicklung ausloten und konkrete Massnahmen erarbeiten. Die Bahnunterführungen und die unterschiedlichen Mobilitätsformen bei der Querung der Bahnlinie werden dabei mit einbezogen. Teil des Konzeptes ist auch eine neue Veloeinstellhalle beim Areal Schlössli, welche die Abstellsituation auf der Bahnhofnordseite entschärfen soll und bereits im Agglomerationsprogramm der 2. Generation enthalten ist. Mit diesen Arbeiten wird die Voraussetzung für eine velogängige Unterführung beim Bahnhof Burgdorf geschaffen. Planung und Finanzierung bis hin zum Bau solcher Infrastrukturen benötigen allerdings mehrere Jahre. Ein Punkt im Argument 3 ist nicht korrekt. Die kantonale Veloroute 24 führt nicht durch diese Unterführung. Ein Ast dieser Route

führt von der Schützematt bis zur Nordseite des Bahnhofs. Richtig ist jedoch der Hinweis, dass eine offizielle Skatingroute durch die Unterführung Ost führt, gleichzeitig jedoch ein Skating-Fahrverbot signalisiert ist. Dies erachtet auch der GR als widersprüchlich. Hinsichtlich der Nutzung von Inlineskates und Trotinettes in der Unterführung wird die Baudirektion deshalb mit der SBB nochmals das Gespräch suchen und kurzfristige Massnahmen prüfen. Entsprechend beantragt der GR dem SR Annahme des Auftrages. Die SP-Fraktion hat einen Abänderungsantrag eingereicht, welche den Auftrag für die Verhandlung mit der SBB schärft, vor allem mit Blick auf eine Anpassung der Regeln in der Unterführung Ost für fahrzeugähnliche Geräte wie Inlineskates. Der GR unterstützt diesen Abänderungsantrag und beantragt dem SR auch diesen anzunehmen.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, dankt für die Beantwortung des Auftrages. Man ist froh, dass das Problem und die Notwendigkeit einer velogängigen Unterführung erkannt wurden. Trotzdem ist die Antwort nicht ganz zufriedenstellen. Zusätzlich zu der vom GR vorgeschlagenen mehrjährigen Lösungserarbeitung wünscht sich die FDP-Fraktion eine zwischenzeitlich pragmatische Übergangslösung. Die in den Unterlagen abgebildete Tabelle ist ein Auszug der Norm SN 640 246. Diese Norm ist ein Anhaltspunkt und bildet den Normfall ab, ob ein Tunnel bedenkenlos passierbar ist oder eine vertiefte Prüfung nötig ist. Grundsätzlich ist aber die Anwendung der Norm freiwillig. Eine Abweichung der Norm ist auch keine Seltenheit. Als Praxisbeispiel wird die Langstrasse in Zürich erwähnt. Diese zentrale und verbindende Gleisunterführung ist ebenfalls 4 Meter breit und deutlich länger als unsere Unterführung. Im Jahr 2018 wurde an der Langstrasse in Zürich ein Versuch durchgeführt, bei dem Velofahrer und Fussgänger jeweils eine separate Verkehrsfläche zugewiesen erhalten haben. Mittels Bodenmarkierung wurde ein 2.2 Meter breiten Velostreifen und ein 1.8 Meter breiten Fussgängerbereich gekennzeichnet. Die stark frequentierte Unterführung wird pro Tag von 8'500 Velos und 3'500 Fussgänger gequert. Nach Abschluss und Auswertung dieses Versuches hat sich gezeigt, dass die Verkehrssicherheit verbessert wurde und sich die neue Verkehrsführung bewährt hat. Somit ist die Markierung in der Unterführung definitiv umgesetzt worden. Ein weiteres Beispiel ist die Brändi-Gleisunterführung in der Stadt Kriens. Diese ist ebenfalls 4 Meter breit, hat ein Steigung und unübersichtliche Zufahrten sowie seitliche Abgänge. Dort wurde mittels Markierung und Signalisation für Fussgänger und Velofahrer erfolgreich entschärft. In den letzten fünf Jahren wurde dort kein Unfall registriert. Weitere nicht der Norm entsprechende Beispiele findet man in zahlreichen Schweizer Städte wie Basel, Luzern, Baden und Brugg. Burgdorf ist bei weitem nicht die einzige Stadt, die mit solchen Problemen zu kämpfen hat und gezwungen wird, sich ausserhalb der Normen zu bewegen. Es ist klar, dass solche Lösungen nicht eins zu eins übertragbar sind und jede Verkehrssituation individuell betrachtet werden muss. Die steile Abfahrt in die Unterführung ist sicherlich ungünstig und die Zugänge der Perons erschweren die Situation zusätzlich. Trotzdem würde die FDP-Fraktion, wie bereits eingangs erwähnt, eine pragmatische Übergangslösung begrüssen. Die FDP-Fraktion teilt die Meinung vom GR, dass die Sicherheit in Zentrum steht. Die Augen gegenüber der Realität zu verschliessen und sich hinter Normen zu verstecken, ist kein gangbarer Weg. Es werden auch weiterhin, trotz Kontrollen, zahlreiche Velos illegaler Weise die Unterführung passieren. Es kann nicht sein, dass eine alltagstaugliche Verkehrsführung dort endet, wo es heikel wird, nur weil niemand die Verantwortung übernehmen will.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, unterstützt den Auftrag und auch logischerweise den eingereichten Abänderungsantrag. Die SP-Fraktion dankt der FDP-Fraktion für den Vorstoss und ist auch der Meinung, dass es Zeit ist das Anliegen, welches in der Vergangenheit bereits an verschiedenen Orten eingebracht wurde, jetzt im SR einzubringen. Die Öffnung der bestehenden Unterführung für Velos ist in der Vergangenheit aufgrund der Sicherheit für Fussgänger abgelehnt worden, insbesondere wegen dem Gefälle und den verschiedenen Kreuzungen. Es ist nicht ganz einfach, wenn man den Gesamtlangsamverkehr fördern will. Die SP-Fraktion dankt auch dem GR und

der Verwaltung, welche in der Antwort darlegen, dass das Anliegen für eine verbesserte Querung unter den Bahngleisen für den Langsamverkehr erkannt und aufgenommen worden ist. Dies aus den Massnahmen ESP Bahnhof und für das Agglomerationsprogramm. Weiter wird auch gesagt, dass eine Bahnunterführung für unterschiedliche Mobilitätsformen, dabei ist sicher der Langsamverkehr gemeint, in der Gesamtplanung für den ESP Nord einfließen wird. Eine Lösung ist heute oder morgen noch nicht absehbar. Um dem GR bei den Verhandlungen mit der SBB den Rücken zu stärken, wurde die Ergänzung zum Auftrag eingereicht, welcher den Veloverkehr von den fahrzeugähnlichen Geräten trennt. Damit könnten die fahrzeugähnlichen Geräte schon relativ bald durch die bestehende Bahnhofunterführung Ost fahren. Nach den heutigen Bundesregeln können fahrzeugähnliche Geräte die Verkehrsfläche mit dem Fussverkehr teilen und dabei Rücksicht nehmen und Vortritt gewähren. Das ist in Burgdorf auf dem Trottoir, in der Begegnungszone sowie im Fahrverbot der Fall. Aber genau in der Bahnhofunterführung Ost, wo die regionale Skatteroute 22 durchführt, dürfen Inlineskates, Trottinettes, Rollschuhe und Rollbrett auf Geheiss der SBB nicht durchfahren. Es ist unklar, wie sich die SBB das dabei konkret für Skater und Skaterinnen vorgestellt hat, nämlich dieses ausziehen und mit den Socken durchlaufen, Überfinken anziehen oder auf allen Vieren kriechen. Neben den längerfristigen Verbesserungen soll der GR auch mit der SBB verhandeln und kurzfristig das Verbot den normalen Regeln, wie sie sonst überall gelten, anzupassen. damit man in Zukunft legal mit den Inlineskate durch die Unterführung fahren und es mit den fahrzeugähnlichen Geräten wieder mehr Spass macht.

Abänderungsantrag SP-Fraktion (Ergänzung Wortlaut)

Der Gemeinderat wird insbesondere beauftragt, in Verhandlungen mit den zuständigen SBB-Verantwortlichen das Fahrverbot in der Unterführung Ost an die Regeln für «fahrzeugähnliche Geräte (fäG)» gemäss der geltenden Verkehrsregelverordnung (VRV – Art. 50 Absatz 1a) anzupassen. [<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19620246/index.html#a50>]

Abstimmung

Abänderungsantrag SP-Fraktion (Ergänzung Wortlaut)

Der Gemeinderat wird insbesondere beauftragt, in Verhandlungen mit den zuständigen SBB-Verantwortlichen das Fahrverbot in der Unterführung Ost an die Regeln für «fahrzeugähnliche Geräte (fäG)» gemäss der geltenden Verkehrsregelverordnung (VRV – Art. 50 Absatz 1a) anzupassen. [<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19620246/index.html#a50>]

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Abänderungsantrag der SP-Fraktion.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat Annahme des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Annahme des Auftrages.

SRB: 2020-405 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Dringliches Postulat SP-Fraktion betreffend Prüfung Direktaufnahme Geflüchteter aus Moria, Forderung nach einer nationalen Konferenz und das Stoppen von Rückweisungen der Dublinfälle nach Griechenland

Verhandlung

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass der GR dem dringlichen Postulat grosse Sympathien entgegenbringt. Es entspricht auch unserer humanitären Tradition. Man ist sich sicher einig, dass das Flüchtlingslager in Moria eine Katastrophe ist. Es wirft auch ein Schlaglicht auf das Versagen der Asylpolitik in Europa. Länder wie Griechenland und Italien werden alleine gelassen und die anderen, die zugesichert haben, dass man Asylbewerber aufnehmen wird und sie gerecht verteilen wird, ziehen sich zurück. Der GR hat die Forderungen diskutiert. Zur Forderung 1 wird man Nichteintreten beantragen, weil es nicht in der Zuständigkeit einer Gemeinde liegt, direkt Asylbewerber aufzunehmen. Verfahren und Strukturen sind vom Bund festgelegt und da hat man keinen Einfluss. Es fliessen auch nur Gelder für die Betreuung und Unterbringung, wenn die Asylbewerber in denen Strukturen aufgenommen werden. Bei der Forderung 2 und 3 beantragt der GR die Überweisung. Der GR erklärt sich bereit, einen Brief an den Regierungsrat und Bundesrat zu schreiben. Burgdorf wird anbieten, falls es notwendig sein sollte, die Notunterkunft in Burgdorf wieder zu öffnen. Bereits im Jahr 2013 hat Burgdorf bewiesen, dass man es kann. Man hat auch gesehen, dass die Bevölkerung hinter uns steht. Man hatte ein sehr grosses Echo von Freiwilligen, die sich engagiert haben und auch immer noch tun. Der GR wird in diesem Brief darauf drängen, dass die Rückführungen von Dublinfälle ausgesetzt oder gestoppt werden. Was Burgdorf kann, ist anbieten, auffordern, offerieren und drängen, dass etwas passiert. Es wird aber nie verbindend sein für den Bundesrat oder den Regierungsrat. Man darf sich nicht allzu grosse Hoffnungen oder Illusionen machen, dass sehr viel passieren wird.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass wir die Bilder von Lesbos alle kennen. Moria ist nur eines von unzähligen Flüchtlingscamps auf der Welt. Es ist legitim, dass auf die Missstände aufmerksam gemacht wird und es ist auch bitter nötig. Es wäre aber auch die Pflicht darüber zu informieren, wenn in der Zwischenzeit grosse Anstrengungen erfolgt sind und zu wesentlichen Verbesserungen geführt haben. Stadtrat Kämpf Jürg hatte letzten Montag die Gelegenheit mit Salzmann Ueli zu sprechen. Er ist Architekt in Burgdorf und ist erst von seinem einwöchigen Einsatz in Moria zurückgekehrt. Er hat aus erster Hand erzählt, wie die Lage vor Ort ist. Er war einmal mehr im Auftrag des DEZA beziehungsweise über das Staatssekretariat für Migration vor Ort und hat mit der Taskforce sowie anderen Hilfswerken die Planung, um die Infrastruktur zu verbessern, vorangetrieben. Zur Dringlichkeit des Postulates kann Stadtrat Kämpf Jürg nun aus erster Hand erzählen. Es ist eine Tatsache, dass die Zustände im ursprünglichen Lager menschenunwürdig waren. Mittlerweile ist ein völlig neues Lagerprovisorium errichtet worden. In einem weiteren Schritt ist man daran, ein neues Asylenzentrum zu errichten und zwar mit Häusern und ähnlichen Bauten. In dem neuen Provisorium haben alle wintertaugliche Zelte, es haben alle Zugang zu frischem Wasser, warm und kalt, und es haben alle ausreichend Nahrung, zum Teil kann man auch selber kochen. Die Infrastruktur gleicht einem wintertauglichen Campingplatz und ist aus humanitärer Sicht so in Ordnung. Alle erhalten vor Ort ein ordentliches Asylverfahren wie es auch bei uns und anderen europäischen Ländern passiert. Der Sicherheit der Menschen wird soweit Rechnung getragen, dass Familien, junge Gruppen oder ethnischer Zugehörigkeit im Camp getrennt platziert werden. Man ist jetzt daran, den Schulunterricht zu organisieren und aufzubauen für die Minderjährigen. Aus humanitärer Sicht wird alles unternommen, dass es den Menschen den Umständen entsprechend gut

geht. Zurzeit leben 7'000 Leute dort. Tatsache ist, dass es nebst den vertriebenen Leuten aus Syrien eine überwiegende Mehrheit, rund 80 Prozent, an Wirtschaftsflüchtlinge aus Afghanistan hat. Diese werden Mehrheitlich vor Ort wieder in ihr Land zurückgebracht. Es ist das gleich Verfahren, wie es in anderen europäischen Ländern durchgeführt wird. Die Schweiz ist bei all diesen Bemühungen eine treibende Kraft vor Ort, vor allem was die Infrastrukturerfüllung betrifft. Gemäss Salzmann Ueli spielt Geld keine Rolle. Was gebraucht wird, wird auch angeschafft. Es fliessen jährlich 6 Mia. Franken aus der EU, der Schweiz und anderen Ländern nach Griechenland. Geld alleine löst das Problem der Welt nicht, aber es hilft die Not zu lindern. Die Welt muss sich verändern. Politische Stabilität und ethnische Akzeptanz aller Menschen untereinander wäre wohl die Lösung für ein friedliches Miteinander und eine bedürfnisgerechte Lebensqualität von allen. Im Rat ist wohl niemand minder besorgt über die weltweiten Kriege, die Unterdrückung und die Flüchtlingsströme. Es geht alle etwas an. Lassen wir doch die professionelle humanitäre Organisationen und Gemeinschaften vor Ort ihre Arbeit erledigen. Das ist schlussendlich zielführender.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass Übermorgen ein runder Geburtstag gefeiert wird. Am 4. November 2020 wird die europäische Menschenrechtskonvention MRK 70 Jahre alt. Sie bildet den schützenden Rahmen für die Grundrechte und Grundfreiheiten von über 830 Mio. Menschen in Europa. 47 europäische Staaten haben diesen Vertrag unterzeichnet und zwar mit dem Ziel, dass niemals mehr Gräueltaten, wie sie im zweiten Weltkrieg geschehen sind, vorkommen. Diese Menschenrechte müssen geschützt werden. Zum Beispiel im Artikel 5 MRK: "Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit." Was aber an den Aussengrenzen von Europa passiert, widerspricht mehrfach und krass genau diesen Gesetzen. Stadträtin Vogt Anette hat heute ein langes Telefonat mit Bracher Patrick geführt. Er ist ursprünglich von hier und hat One Happy Family, ein Gemeinschaftszentrum auf der griechischen Insel Lesbos mitgegründet. Im Moment ist er dort vor Ort im Lager Moria 20. Er konnte bestätigen, dass das Schweizer Corps für humanitäre Hilfe sehr gute Arbeit geleistet hat. Das Leben der Menschen in diesem Lager ist bei weitem nicht Menschenwürdig. Zum Beispiel nur an jedem elften Tag kann man das Lager kurz verlassen, um einkaufen zu gehen oder im Gemeinschaftszentrum einmal etwas anderes zu sehen als Abfall, Dreck, Menschen und Verzweiflung. Das Lager gleicht einem Gefängnis. Freiheit und Sicherheit sind nur Wunschdenken in diesem Lager. Dort leben Menschen wie du und ich, der Unterschied ist jedoch, dass sie nicht das Glück hatten in der Schweiz geboren worden zu sein. Wer von uns hat das geplant? Sie hatten in ihrer Heimat ein Leben, auch ein gutes und sie waren jemanden, bis der Krieg oder was auch immer gekommen ist. Aus Not sind sie losgezogen, von der Hoffnung getrieben in Europa ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu finden. Und dann landen sie in der Hölle von Moria. Hitze, Kälte, Nässe, Hunger, Dreck und Gewalt prägen den Alltag und Europa schaut zu. Dann brennt Moria ab. Das wenige, was die Flüchtlinge hatten, verbrennt. Noch nie waren so viel Menschen auf der Flucht wie jetzt. 79.5 Mio. Personen mussten wegen Krieg, Verfolgung oder sonstige Bedrohungen ihr Zuhause verlassen. Die meisten finden innerhalb ihres Landes Unterschlupf. Viele stranden in einem Nachbarland und ein kleiner Teil kommt an die Aussengrenze von Europa. Wie ist die Schweiz betroffen von dem ganzen? Wir erinnern uns an das Jahr 2015, als 39'500 Asylgesuche bei uns gestellt wurden. Diese Zahl sinkt seither drastisch. Bis jetzt sind im Jahr 2020 7'800 Asylgesuche gestellt worden. Das Jahr 2020 ist das Coronajahr, deshalb schauen wir uns die Zahlen im Jahr 2019 an. Dort waren es 14'000 Asylgesuche. Im Moment leben bei uns 121'000 Menschen nachdem sie aus ihrer Heimat geflüchtet sind. Als Vergleich, in der Türkei sind es 3.9 Mio. Menschen. Natürlich ist die Schweiz ein kleines Land, also schauen wir wie viele Geflüchtete auf 1'000 Einheimische kommen. Im Libanon kommen 156 Geflüchtete auf 1'000 Bewohner. In der Schweiz sind es 0.14 Geflüchtete auf 1'000 Schweizer und Schweizerinnen. Im Moment harren noch 7'500 Geflüchtete in Moria aus. Andere Länder konnten bereits einige Menschen befreien. Auch wir können uns solidarisch zeigen. Leider ist diese Solidarität vor Ort enorm eingeschränkt. Zum Beispiel gibt es vor Ort immer noch kein warmes Wasser, weil man immer noch auf eine Bewilligung wartet.

Die Flüchtlingslager müssen evakuiert werden und zwar so schnell wie möglich. Der Bundesrat soll endlich grünes Licht geben und die Menschen evakuieren. Die gesetzlichen Grundlagen sind längstens vorhanden. Unsere Bundeszentren sind mehr als halb leer im Moment. Platz und Kapazität sind in der Schweiz vorhanden. Diese Menschen brauchen ein Leben in Würde, so wie es die Menschenrechtskommission verlangt. Die SP-Fraktion dankt dem GR, dass man dem Bundesrat und dem Regierungsrat seine Mithilfe anbietet und mit Nachdruck den Bundesrat auffordert, sich menschlich zu zeigen. Die SP-Fraktion dankt dem SR, dass man sich solidarisch zeigt und dem Antrag des GR zustimmt.

Stadträtin Cottier-Rupp Franziska, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass Moria ein Symbol für eine menschenunwürdige und menschenrechtswidrige Abschottungspolitik von Europa ist. Es ist der politische Wille der offiziellen Schweiz, vertreten durch den Bundesrat, die Politik vor geschlossenen Türen mitzutragen. Der Zivilbevölkerung ist es nicht egal was in Moria passiert. Viele Bürger, auch die, welche aktiv tätig sind bei der Integration von Flüchtlingen, sind über diese Politik empört. Es ist schon so, wie Stadtrat Kämpf Jürg gesagt hat, die Infrastruktur auf Moria 2 wurde verbessert. Es brauchte allerdings zuerst Aufstände im Lager und das Lager wurde abgebrannt, damit endlich etwas passiert. Man könnte nun länger über die Flüchtlingspolitik sprechen, es geht aber eigentlich um Grundsatzfragen. Stadträtin Cottier-Rupp Franziska möchte jedoch lieber etwas zu der psychischen Gesundheit der Kinder im Lager etwas sagen, weil es ihr Fachgebiet ist. Schon vor zwei Jahren und im Frühling 2020 wieder, haben Ärzte von Ärzte ohne Grenzen über die unzumutbaren Zustände für Kinder im Flüchtlingslager aufmerksam gemacht. Im Lager gibt es 3'000 Kinder. Das sind 40 Prozent aller Flüchtlinge. Viele leiden unter der Traumatisierung von Krieg und Flucht. Es sind auch Jugendliche aus unzumutbaren Zuständen dabei, es sind nicht alle Wirtschaftsflüchtlinge. Es ist klar, sie suchen alle ein besseres Leben. Wer möchte das nicht? Kinder erleben im Lager unmenschliche Zustände. Die Ärzte stellen fest, dass eine erschreckende Zahl bereits im Kindesalter über Selbstmord spricht. Sie wollen nicht weiter leben. Es gibt viel Selbstverletzungen, sie verweigern das Essen, sie verstummen und schliesslich werden sie apathisch und resignieren. Auch Kleinkinder können schwere Depressionen bei einer Dauerbelastung entwickeln wie bei Untätigkeit, fehlenden Anregungen, schlechten hygienischen Zustände und vor allem das Erleben der Aussichtslosigkeit von ihren Eltern und Erwachsenen sowie der Aggressivität unter den Flüchtlingen. Jeder Tag in Moria ist ein Tag zu viel. Es ist klar, dass der Bund zuständig ist für das Kontingent zur Aufnahme von Flüchtlingen. Burgdorf kann nicht selber handeln. Die Grünen-Fraktion begrüsst den Entscheid des GR, der humanitären Tradition der Schweiz zu folgen und dem Regierungsrat des Kantons Bern sowie dem Bundesrat die Aufnahme von Flüchtlingen ausserhalb des festen Kontingents anzubieten. Man begrüsst auch, dass der GR bereits ist, den Bundesrat aufzufordern, vorderhand keine Dublinfälle nach Griechenland zurück zu weisen. Von den Städten in der Schweiz sollte mehr Druck gemacht werden. Aus diesen Gründen unterstützt die Grünen-Fraktion den Antrag des GR.

Stadtrat Aebersold Christian, namens der BDP-Fraktion, unterstützt das Hauptanliegen des Postulates, namentlich, dass den armen Menschen im Flüchtlingslager in Moria schnellstmöglich geholfen wird, voll und ganz. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Stadt Burgdorf in der Lage ist einen Beitrag bei der Aufnahme von Asylsuchenden zu leisten. Die BDP-Fraktion ist aber der Ansicht, dass mit den formulierten Anträgen im Postulat den im Kanton Bern vorgesehenen Dienstweg im Asylbereich verletzt wird. Wie der GR in seiner Stellungnahme zum Postulat zu Recht festgehalten hat, ist die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen im Kanton Bern ausschliesslich Sache des Kantons. Die BDP-Fraktion teilt deshalb die Ansicht des GR, dass auf den Antrag 1 nicht eingetreten werden kann. Anders würde es sich verhalten, wenn der Antrag 1 an den Kanton Bern gerichtet und dahingehend formuliert wäre, dass sich die Stadt Burgdorf dazu bereit erklärt, Flüchtlinge aus Moria aufzunehmen, wenn Bedarf im Kanton vorhanden wäre. Bei den Anträgen 2 und 3 verhält es sich grundsätzlich gleich. Die

Anliegen können nicht direkt dem Bund, sondern müssen in einem ersten Schritt dem Kanton unterbreitet werden. Der Kanton Bern kann allerdings den Bund nicht dazu verpflichten, wie es bereits mehrfach anerkannt wurde, eine Konferenz zur Direktaufnahme von Geflüchteten durchzuführen oder die Rückweisung der Dublinfälle nach Griechenland zu stoppen. Deshalb ist es fraglich, wieso man eine entsprechende Anfrage beim Kanton oder direkt dem Bund unterbreiten soll. Die BDP-Fraktion wird auf den Antrag 1 nicht eintreten und die Anträge 2 und 3 ablehnen. Die BDP-Fraktion geht davon aus, dass dieses Postulat nicht zu Wahlzwecken auf Kosten der Flüchtlinge in Moria eingereicht wurde und darum bezüglich dem Antrag 1, wenn diesem gefolgt wird im SR, unter Umständen ein neues Postulat eingereicht wird. Wenn es die Zuständigkeiten währt, wird es die BDP-Fraktion auch unterstützen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther macht eine persönliche Ergänzung zu den Menschen, die unterdessen in Burgdorf leben. Aus persönlicher Erfahrung sind es Menschen, die sehr motiviert sind. Im Pflegebereich gibt es junge Frauen aus Eritrea und Afghanistan, die dort einsteigen möchten. Sie geben sich enorm Mühe, um Deutsch zu lernen. Sie belegen Kurse vom Schweizerischen Roten Kreuz. Man ist dankbar für diese jungen Frauen, obwohl der Heimatort nicht die Schweiz ist. Sie sind vielleicht Wirtschaftsflüchtlinge. Durch die lange Geschichte wie zum Beispiel was Afghanistan seit den 80er Jahren mit dem Einmarsch der Russen durchgemacht hat. Das hat sich nicht erst in den letzten paar Jahren entwickelt. Man muss manchmal über Jahrzehnte hin zurück schauen was mit einem Land passiert. Man möchte im eigenen Land nicht unter Druck stehen und merken, dass man keine Zukunftsperspektiven hat und deshalb das Land verlässt. Man will ein besseres Leben.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, möchte auf ein Votum antworten. Es ist tatsächlich der Bund zuständig für das ganze Asylwesen. Es ist deshalb richtig, wenn man im Punkt 2 und 3 den Bundesrat auffordert.

Abstimmung

1. Nichteintreten
2. Überweisung
3. Überweisung

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 21 Ja und 10 Nein Stimmen bei 8 Enthaltungen den Anträgen zu.

SRB: 2020-406 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat GLP-Fraktion betreffend Jugendantrag Rollsportanlage Burgdorf

Verhandlung

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass der Jugendantrag für die Rollsportanlage Burgdorf wurde überwiesen, aber im Moment kann man diesen nicht umsetzen. Man ist im Moment blockiert. Die GLP-Fraktion verlangt mit dem Postulat, dass man prüft, ob innerhalb einer kurzen Zeit eine Rollsportanlage aufgebaut werden kann. Man hat das Anliegen geprüft und leider festgestellt, dass es nicht oder nur mit relativ hohen Kosten möglich ist, es umzusetzen. Man spricht heute auch nicht mehr von einer reinen Rollsportanlage, sondern von einem Freizeitpark Badimatte. Die Gründe, warum die Sistung gekommen ist, sind längstens bekannt. Es macht sicher Sinn, dass der GR ganzheitlich denkt und das ganze umfangreich prüft sowie auf den Entscheid des Hallenbades wartet. Der Entscheid sollte bis Ende Jahr vorliegen. In der Antwort wird dargestellt, mit welchen Kosten das Provisorium verbunden

wäre. Die Halfpipe, die früher auf dem Lindenfeldplatz beim Spital war, musste verschrottet werden. Sie war verrostet und entsprach nicht mehr den Sicherheitsanforderungen. Das Spital hat der Stadt Burgdorf einen Betrag überwiesen und zwar als Teil für eine Ersatzanlage. Es wäre schade, wenn man dieses Geld für ein Provisorium ausgibt. Vom Kanton hat man für das Jahr 2022 leider nur für einen Monat eine ganze mobile Pumptrackanlage reservieren. Die Kosten dafür sind vertretbar. Man bedauert es ausserordentlich, dass die Umsetzung in dieser Legislatur nicht möglich war. Der GR versichert, dass sobald der Entscheid des Hallenbades vorliegt, man umgehend mit dem Projekt weiterfährt. Der GR nimmt den überwiesenen Jugendantrag wirklich ernst und will ihn auch so rasch als möglich umsetzen. Man hat alles geprüft und in die Wege geleitet. Die alte Anlage steht nicht mehr zur Verfügung. Als Trostpflaster steht im Jahr 2022 einen Monat eine mobile Pumptrackanlage in Burgdorf. Aus diesen Gründen bittet der GR den SR, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Mehr kann nicht geprüft werden.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, ist mit der Antwort des GR nicht zufrieden. Die Unzufriedenheit hat nicht zwingend mit dem Postulat und der entsprechenden Antwort zu tun, sondern es stört viel mehr, dass es bereits so lange auf dem Tisch liegt und es nicht vorwärts geht. Es ist auch ein bedenkliches Zeichen gegenüber der jungen Wählerschaft. Von Gemeinderat Grimm Christoph hat man zwar gehört, dass das Bewusstsein da ist und es bringt nichts zurück zu schauen und lange zu poltern. Deshalb zählt man wirklich darauf, dass bis Ende Jahr Klarheit herrscht wie beschrieben. Bis Ende Jahr wird die Standortfrage des Hallenbades geklärt sein. Danach soll das Projekt wieder aufgenommen werden. Es ist klar, dass es vor allem am Hallenbad liegt. Trotzdem wird die Bildungsdirektion aufgefordert, angebrachten Druck beim Hallenbad zu machen. Es soll vorwärts gehen und nicht wieder sechs Jahre stehen bleiben. Die GLP-Fraktion unterstützt, dass es in einem Gesamtkonzept angeschaut wird. Die GLP-Fraktion votiert aber zur Annahme und Aufrechterhaltung des Postulates.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der GR auf den Gesamtblick verweist, was sicherlich zu begrüßen ist. Es ist verständlich, dass die Projekte miteinander geprüft werden müssen. Die Rollsportanlage ist für die Jugendlichen bereits eine lange Leidensgeschichte. Nach dem Auftrag der SP-Fraktion zur Erstellung eines Ersatzes und der Einreichung des Jugandantrages sind bis jetzt mehr als sechs Jahre vergangen. Es ist definitiv viel zu lange für ein solches Vorhaben. Deshalb ist es verständlich, dass bereits verschiedene Jugendliche und Personen aus dem Bereich der Jugendarbeit ihr Unverständnis für diese lange Dauer zum Ausdruck bringen. Vor sechs Jahren waren weder Hallenbad noch Kletteranlage oder sonstige Freizeitanlagen bekannt. Die weitere Verzögerung aufgrund des Hallenbades wird nicht für mehr Verständnis sorgen. Betreffend den Kosten lohnt sich ein Blick nach Bern. Dort haben Jugendliche das Projekt Bernside auf die Beine gestellt und auf einem zur Verfügung gestellten Areal einen Skaterpark selbständig aufgebaut. Unter den Gönnern dieses Projektes ist auch ein Burgdorfer Unternehmen, das bei Skatern bekannt ist. Der Pumptrack ist sicher sehr zu begrüßen. Jedoch ein Hinweis an dieser Stelle. Der Pumptrack deckt nicht alle Bedürfnisse der Skater und Inlineskater. Somit gehen diese wieder leer aus. Der GR wird deshalb nochmals gebeten, sich mit einer Übergangslösung für die Skater auseinanderzusetzen. Die SP-Fraktion wird den Antrag zur Überweisung unterstützen, jedoch aber die Aufrechterhaltung des Postulates unterstützen.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass es für die Rollsportanlage eine lange Leidensgeschichte ist. Wenn man es nicht bald baut, sind die Jugendlichen, die den Jugendantrag eingereicht haben, bald nicht mehr jugendlich. Wenn sie dann im Alter sind und unbeweglich sind, habe sie nichts mehr davon. Das Postulat verlangt vom GR eine Prüfung und diese wurde auch gemacht, aber trotzdem unterstützt die Grünen-Fraktion auch die Aufrechterhaltung des Postulates.

Es geht jedoch um das Signal. Wenn das Postulat abgeschrieben wird, haben die ausstehenden Jugendlichen das Gefühl und stellen sich die Frage, ob man sich wirklich daran beteiligen soll.

Abstimmung

Annahme des Postulates

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig der Annahme des Postulates zu.

Abstimmung

Abschreibung: 5 Stimmen

Aufrechterhaltung: 33 Stimmen

Enthaltung: 1 Stimme

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 33 Stimmen der Aufrechterhaltung des Postulates zu.

SRB: 2020-407 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Pflanzung hitzeresistenter Bäume auf Stadtgebiet"

Verhandlung

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, erklärt sich mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden und dankt der Verwaltung für ihre Arbeit in Zusammenhang mit der Biodiversität.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2020-408 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation BDP-Fraktion betreffend neuer Signaletik in Burgdorf

Verhandlung

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, erklärt sich von der Antwort des GR teilweise befriedigt. In der Antwort des GR werden unter Punkt 2 zur Frage, wie hoch die Kosten für die neue Signaletik ist, nicht alle Kosten aufgeführt. Nebst den Kosten der Agentur, der Technischen Fachhochschule sowie einem kleinen Materialaufwand der Baudirektion werden weitere Kosten durch den GR, das Stadtmarketing sowie durch den ehemaligen Leiter der Baudirektion, sein Arbeitsverhältnis wurde unter anderem genau für dieses Projekt weitergeführt, verschwiegen. Eine solche Kostenintransparenz kann man nicht akzeptieren. Ebenso sind die Kosten für die vorgängige Signaletik mit nur rund der Hälfte der effektiven Kosten veranschlagt. Auch hier werden diverse Kosten, unter anderem den intensiven Unterhalt, nicht aufgeführt. Die effektiven Kosten für die vorgängige und nur rund sieben Jahren im Einsatz stehende Signaletik betragen für den Steuerzahler knapp Fr. 2'000.-- pro Monat. Kosten, die viel zu hoch sind. Man hofft, dass die neue Signaletik nicht nur sieben Jahre in Betrieb sein wird.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2020-409 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

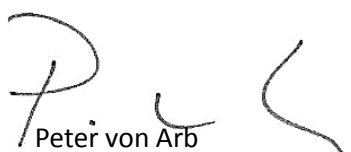
Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP-Fraktion betreffend Erstellung eines Sportanlagenkonzepts für die Stadt Burgdorf
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Offenlegung Interessenbindungen
- Auftrag BDP-Fraktion betreffend Gleichstellung von schulpflichtigen Kindern in Vereinen bei der Benützung von stadteigenen Schul-, Sport- und anderen Anlagen
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Anpassung Abstimmungsreglement, Unterzeichnung von Wahlvorschlägen
- Motion SP-Fraktion betreffend Digitale Wahlhilfe in Burgdorf (smartvote)
- Motion SP-Fraktion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen
- Motion GLP-Fraktion betreffend Abschaffung Unterzeichnung Wahlvorschlag
- Dringliches Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Stadtratsentschädigung (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend „Förderung von biodiversen Privatgärten“
- Dringliche Interpellation SVP- und EDU-Fraktion betreffend „Finanzielle Hilfe für Burgdorfer Vereine“ (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Integration von Migrantinnen und Migranten

Stadtratspräsident von Arb Peter informiert, dass immer noch Thermosflaschen der Feier 100 Jahre Stadtrat vorhanden sind. Wer Interesse an einem weiteren Exemplar hat, kann sich bei Henzi Brigitte melden. Der Vorsitzende wünscht für die bevorstehenden Gemeindewahlen alles Gute und viel Glück. Schöner Abend und bleibt gesund.

Burgdorf, 26. November 2020

Namens des Stadtrates:


Peter von Arb
Stadtratspräsident


Brigitte Henzi
Protokollführerin